

Positionspapier

Genossenschaftsmodell für Prokon versus Verkauf an EnBW

Die Gläubiger von Prokon haben am 2. Juli 2015 zu entscheiden, ob sie ihr Unternehmen mit einem Wert von rund 640 Mio. Euro in einer Genossenschaft selbst weiter betreiben oder es an Energie Baden-Württemberg (EnBW) zum Preis von 550 Mio. Euro verkaufen.

Das Angebot von EnBW unterstreicht die Werthaltigkeit und Zukunftsfähigkeit Prokons. EnBW begründet ihr Angebot öffentlich damit, dass Prokon bereits 54 Windparks mit einer Leistung von 537 Megawatt erfolgreich betreibt und damit rechnerisch 380.000 Haushalte mit Strom versorge. Es seien gute 318 Standorte und die Anlagen hätten eine hohe Verfügbarkeit. Dazu hätte Prokon noch 170 Projekte in der Entwicklung mit noch einmal über 4.000 Megawatt. Offensichtlich betrachtet EnBW Prokon als ein hoch attraktives und zukunftsfähiges Unternehmen. Angesichts dessen relativiert sich das hoch erscheinende Angebot von 550 Mio. Euro etwas.

Zumal dieses Angebot rund 100 Mio. Euro unter der Bewertung für das Genossenschaftsmodell liegt. Um ihr Angebot gleichwohl den Gläubigern von Prokon „schmackhaft“ zu machen, versucht EnBW, allen voraus ihr Vorstandschef Frank Mastiaux, das Genossenschaftsmodell öffentlich zu diskreditieren. Die Argumente sind folgende:

- a) Frank Mastiaux sagt: „Bei uns bekommen die Gläubiger das Geld zeitnah, sicher und in bar. Beim Genossenschaftsmodell übernehmen die Anleger ein unternehmerisches Risiko.“

Tatsache ist, dass die Genussscheinrechtsinhaber, d.h. die potentiellen, zukünftigen Mitglieder der Genossenschaft, das höchste unternehmerische Risiko mit leider nicht unerheblichen Verlusten bereits getragen haben und mit dem Genossenschaftsmodell nun endlich auch die Chancen der unternehmerischen Entwicklung von Prokon sehen und wahrnehmen wollen.

- b) „Bei dem Genossenschaftsmodell wird Prokon durch die Anleihe hoch verschuldet sein. Alle Windparks dienen dann als Sicherheit.“

Konzept des Insolvenzverwalters beim Genossenschaftsmodell ist, dass alle bisherigen Genussscheingläubiger einen Teil ihres Genussscheins in eine solche Anleihe umwandeln und einen anderen Teil als Eigenkapital in die Genossenschaft einbringen. Es handelt sich also nicht um eine abstrakte Drittverschuldung, sondern um eine Aufteilung von Risiko und Chancen auf zwei unterschiedliche Beteiligungsmodelle. Es ist nur fair, dass die bisherigen Genussscheinrechtsinhaber in Form einer Anleihe auch besichert sind über die Windparks. Die Fremdkapitalquote beim geplanten Genossenschaftsmodell beträgt höchstens 80%. EnBW hatte zum 31. Dezember 2014 eine Fremdkapitalquote von rund 90%.

- c) Aufgrund der Anleihe würde es schwierig werden, so Frank Mastiaux, neues Kapital aufzunehmen, um die geplanten neuen Windparks zu entwickeln, zu bauen und dann auch zu betreiben.

Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Es ist völlig normal bei Windparkfinanzierungen, dass ca. 20% über Eigenkapital und 80% über Darlehen und Fremdkapital finanziert werden. Neue Projekte lassen sich über Fremdkapital und vorhandenes

und neu einzubringendes Eigenkapital, wozu es bereits hohe Absichtserklärungen gibt, gut finanzieren. Die GLS Bank ist bereits mit Prokon über die Entwicklung verschiedener Projekte im Gespräch und sieht deren Finanzierung sehr positiv. Auch andere Banken, wie wir wissen, sehen das vergleichbar.

- d) EnBW stellt dem entgegen, sie würden ihr zusätzliches energiewirtschaftliches Know-how und die Finanzkraft als entscheidenden Erfolgsfaktor für die Zukunft bei Prokon einbringen.

EnBW betreibt nach eigenen Angaben derzeit 200 Megawatt Windenergie. Prokon schafft heute eine Leistung von 537 Megawatt und hat jahrelange Erfahrung mit Windenergie. Dass EnBW sich in dem Bereich trotzdem als kompetenter erachtet, ist bemerkenswert.

EnBW stellt gegenüber ihren Behauptungen, die Genossenschaft sei nicht in der Lage, weitere Parks zu finanzieren, ihre eigene Finanzkraft. Dazu ein paar Fakten: Das Ergebnis von EnBW im letzten Jahr betrug -450,7 Mio. Euro. Der Kurswert der EnBW-Aktie ist in den vergangenen vier Jahren um rund 40% gesunken. Die Aktionäre von EnBW haben dadurch rund 2,6 Mrd. Euro an Wertverlust erlitten. Der Gesamtverlust (neutrales Ergebnis) von EnBW im ersten Quartal 2015 betrug 131 Mio. Euro.

Die Wirtschaftswoche vom 12. Mai 2015 fasst ihren Bericht zu EnBW wie folgt zusammen: „EnBW bleibt beim operativen Gewinn im Rückwärtsgang: niedrige Strompreise ließen den Gewinn des Energieversorgers weiter schrumpfen. Auch beim Geschäftsfeld regenerative Energien sieht es nicht rosig aus.“

Im Handelsblatt vom 29. Mai 2015, in dem vorgenannte Behauptungen in einem Interview gemacht worden sind, ist wenige Seiten vorher ein Artikel über das Risiko Atomkraft und den enorm teuren Rückbau von Kernkraftwerken abgedruckt. Dort heißt es: „Erstens ist ein Endlager, in dem hoch radioaktive Brennstäbe über Jahrtausende sicher gelagert werden können, nicht in Sicht. Zweitens reichen die Rückstellungen der Kraftwerksbetreiber für die Kosten von Rückbau und Endlager des Atom Mülls wohl bei weitem nicht aus. 38 Mrd. Euro Rückstellungen wurden gebildet. Einzelne Schätzungen gehen aber eher von 50 bis 70 Mrd. Euro Kosten aus.“

Dies würde für EnBW bedeuten, dass die Rückstellungen für Atomkraftwerke in Höhe von rund 8,2 Mrd. Euro deutlich erhöht werden müssen.

- e) Ferner äußert sich Frank Mastiaux zum Genossenschaftsmodell wie folgt: „Würde sie (die Genossenschaft) die Energiewende besser voranbringen? Das glaube ich nicht. Prokon würde sein Geschäftsmodell fundamental ändern müssen. Ob das gelingt, ist fraglich. Wir bieten den Anlegern Bargeld und eine gute Perspektive für Prokon als Unternehmen – und noch mal: vor allem den Mitarbeitern.“

Dass ein Stromkonzern, der ca. 40% seines Stroms mit Atomkraft betreibt, meint, Prokon müsse sein Geschäftsmodell fundamental ändern, um die Energiewende voranzubringen, ist völlig unverständlich. Das Wedeln mit Bargeld ist wohl heute auch nicht mehr zeitgemäß. Gute Anlagen sind von Investoren mehr gesucht als Bargeld, für das es heute bei Banken keine Zinsen mehr gibt. Dies trifft mit Sicherheit auch auf einen großen Teil der Gläubiger von Prokon zu.

An dieser Stelle muss deutlich gemacht werden, dass die Voraussetzungen für die Energiewende ausschließlich durch die Investitionen engagierter Bürger möglich gemacht wurden. Die großen Stromkonzerne, allen voran EnBW, haben sich über Jahrzehnte verweigert. Es ist erfreulich, dass sie sich nun auch regenerativen Energien zuwenden. Auch wenn sie dies nur politisch gezwungenermaßen tun.

Es ist aber völlig inakzeptabel, dass ein solcher Stromkonzern nun ausgerechnet bürger-schaftliche Modelle diskreditiert und „unter anderem mit öffentlichen Veranstaltungen ent-sprechend kämpft“ und ganzseitige Anzeigen schaltet, um den Genussrechtsinhabern das Genossenschaftsmodell madig zu machen.

Man kann nur hoffen und den Genussscheinrechtsinhabern von Prokon Mut machen, dass sie sich von solchen Maßnahmen nicht beirren lassen und ihr Genossenschaftsmodell kon-sequent weiterverfolgen.

GLS Bank empfiehlt schon lange die Umwandlung von Prokon in eine Genossenschaft

Noch vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Januar 2014 haben sich mehrere Zeichner von Prokon-Genussrechten mit der Bitte um Beratung an die GLS Bank gewandt. Auch der Verein „Die Freunde von Prokon e.V.“ wird von der GLS Bank beraten.

Obwohl die GLS Bank in der Vergangenheit von der Zeichnung von Prokon-Genussrechten stets abgeraten hat, steht sie den inhaltlichen Zielsetzungen des Unternehmens Prokon und insbesondere den Zielen der meisten Zeichner der Prokon-Genussrechte nahe. Durch viele Gespräche mit Prokon-Genussrechtszeichnern, mit Vorständen und Mitgliedern des Vereins „Die Freunde von Prokon e.V.“, mit anderen Anlegergruppen von Prokon sowie durch Besu-che und viele Gespräche mit Zeichnern auf der Gläubigerversammlung in Hamburg wissen wir:

Die große Mehrheit der Zeichner von Prokon-Genussrechten hat sich weder aus reinem Pro-fitstreben auf die (fälschlicherweise) hohe versprochene Rendite, noch aus Dummheit, weil sie übers Ohr gehauen wurden, bei Prokon engagiert. Die Mehrheit der 75.000 Prokon-Zeichner wollte – so der Eindruck der GLS Bank – sich selbst mit ihrem Geld für die Ener-giewende engagieren, weil sie den Eindruck hatten, dass weder die großen Stromkonzerne noch der Finanzmarkt in der Lage sind, in ausreichendem Maße die dezentralen Strukturen aufzubauen, die dafür notwendig sind.

Bei Prokon sind in der Tat Fehler gemacht worden, die zum Teil nicht rückgängig gemacht werden können. Ein zukünftiger Erfolg von Prokon und dem Engagement der 75.000 Zeich-ner ist dadurch aber nicht zum Scheitern verurteilt.

Eine ganze Reihe von Mitgliedern der „Freunde von Prokon“ war bereit, im Notfall zusätzli-ches Kapital zur Verfügung zu stellen. Sie haben darum Konten eingerichtet, auf die sie die für diesen Fall reservierten Beträge einzahlen konnten. Dies zeigt, wie engagiert die Prokon-Zeichner für „ihr“ Unternehmen sind.

Deutlich war, dass die Prokon-Zeichner zwar das volle wirtschaftliche Risiko des Unterneh-mens tragen, aber nicht Eigentümer mit entsprechenden Rechten an dem Unternehmen wa-ren. Daher war der Rat der GLS Bank an „Die Freunde von Prokon“ von Anfang an, eine Form zu finden und mit dem Insolvenzverwalter zu verhandeln, dass die Zeichner vom en-gagierten Fremdkapitalgeber mit hohen Risiken, aber ohne jegliche Eigentümerrechte, zum engagierten, stimmberechtigten Eigentümer in einer geeigneten Rechtsform werden.

Thomas Jorberg, Vorstandssprecher der GLS Bank, hat aufgrund seiner positiven Erfahrun-gen in der genossenschaftlichen GLS Bank, als Aufsichtsratsvorsitzender der Elektrizitäts-werke Schönau eG und bei der Finanzierung vieler Energiegenossenschaften die Form der Genossenschaft vorgeschlagen.

Über die Monate erfolgten unterschiedliche Gespräche, insbesondere mit dem Verein „Die Freunde von Prokon e.V.“, allen voran mit dem Vorsitzenden Wolfgang Siegel. Nicht nur die räumliche Nähe durch den Sitz des Vereins in Dortmund, sondern auch das gemeinsame Engagement für eine Energiewende sowie das Engagement vieler Bürger verband inhaltlich. Aus den Gesprächen, die oft in der GLS Bank in Bochum stattfanden, u.a. auch mit dem Insolvenzverwalter Dietmar Penzlin, wurde deutlich, dass ein noch spezialisierteres Know-how für Insolvenzfragen notwendig war. Thomas Jorberg bat daher Udo Wittler, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der BAG Bankaktiengesellschaft in Hamm, der Sanierungsbank der Volks- und Raiffeisenbanken, mit seiner jahrzehntelangen Erfahrung in Sanierungs- und Insolvenzfällen die GLS Bank bei der Beratung, insbesondere aber „Die Freunde von Prokon“ zu unterstützen. Zwischenzeitlich ist Udo Wittler mit seinem Erfahrungshintergrund Mitglied des Gläubigerausschusses von Prokon. Durch Vermittlung der GLS Bank fanden verschiedene Gespräche mit dem Genossenschaftsverband statt, um zu prüfen, inwiefern eine Genossenschaft möglich und geeignet ist, damit die Prokon-Zeichner auch tatsächlich Eigentümer und Mitglieder mit einem entsprechenden Stimmrecht werden können.

Der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband hat eine Unternehmensanalyse vorgenommen, mit dem Ergebnis, dass eine Fortführung von Prokon mit einem Eigenkapital von 20% möglich ist.

Es ist zu hoffen, dass Prokons Gläubiger die Chance ergreifen, in der Genossenschaft – mit prüfender Begleitung des Verbandes und den bereitstehenden Fachleuten für Vorstand und Aufsichtsrat – ihr Unternehmen nun in sanierter Form selber weiter zu führen.

Bochum, 2. Juni 2015
gez. Thomas Jorberg